



# DIE LINKE.

## Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2013

### Bezirksmitgliederversammlung "Das Beste Wahlprogramm aller Parteien"

Liebe GenossInnen und KollegInnen,

— hiermit möchte ich euch recht herzlich zu unserer **nächsten Bezirksmitgliederversammlung einladen: Am Dienstag, den 23. April, von 19:00 bis 21:30 Uhr, Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg** die allerdings diesmal einen Tag früher als üblich – und auch geplant- stattfinden muss, weil der Referent zu dem dann vorliegenden endgültigen Entwurf des Wahlprogrammes nur an diesem Tage in Hamburg sein kann. Es soll an dem Abend um die Vorstellung und Diskussion des Wahlprogramm-entwurfs der LINKEN gehen, der auf dem Dresdener Bundesparteitag Mitte Juni beschlossen werden wird.

**Jan van Aken** (Stellvertretender Parteivorsitzender) wird uns den am **18. April veröffentlichten Wahlprogramm-entwurf vorstellen**, sodass wir mit Hintergründen ausgestattet eine gute Diskussion zur Bundestagswahl führen können. Zu eurer Vorbereitung empfehle ich euch die Materialien und Beiträge auf der Internetplattform unserer Partei zur Wahlprogrammdebatte:

<http://www.die-linke.de/dielinke/wahlen/debattezumbundestagswahlprogramm/>

**Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:  
Sonntag, 05.05.2013**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Allen, die keinen Internetzugang haben, schicken wir gerne ein gedrucktes Exemplar des 1. Wahlprogramm-entwurfs, der allerdings momentan überarbeitet wird, zu.

#### Hier nun der TO Vorschlag:

- Konstituierung 19:00 Uhr
- Aktuelle Berichte aus Bezirksvorstand, aus den Stadtteilgruppen, aus der Bezirksfraktion 19:05 Uhr
- »Das Beste Wahlprogramm aller Parteien« 19:40 Uhr
  - Einleitung Jan van Aken ca. 10 min.
  - Nachfragen
  - Diskussion
  - zwischen durch Pause 10 Min.
  - Ggf. Anträge an den Bundesparteitag

- Verschiedenes/Ende 21:30 Uhr

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

(i. A. Martin Wittmaack, Mitglied im Bezirksvorstand)

#### Inhalt

BMV zum Wahlprogramm	S. 1
Frauenplenum vor dem LPT	S. 2
Nachrichten aus Kapernaum	S. 2
IBA-Eröffnung/Hiroshimaplatz	S. 4
Fraktion und Vorstand	S. 5
Gedanken zum Parteaufbau	S. 6
Humaner Drohnenkrieg?	S. 7
Energiepolitische Konferenz	S. 8
RLS-Seminar	S. 9
Hartz IV und SPD	S. 10
Aktionstag Beiräte 27.4.	S. 11
Innovation/UHUN-Veranstaltung	S. 12
Termine/Kontakt	S. 13

## Frauenplenum am 5. April

Liebe Genossinnen und Kolleginnen,

hiermit möchte ich euch im Namen des Landesvorstandes zum **Frauenplenum der 4. Tagung des 3. Landesparteitages, am Freitag, den 5. April, von 18:30 Uhr bis 20:30 Uhr** am Vorabend des Parteitages einladen. Im **Sitzungssaal der Abgeordnetengemeinschaft der LINKEN, Buceriusstr. 2, 20097 Hamburg (Haus am Domplatz, 2. Stock)** tagt das Frauenplenum (auf Einladung von Christiane Schneider, MdHB).

Neben der Möglichkeit aus Frauen- und Genossinnen-Sicht den Landesparteitag und die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl zu besprechen und dabei auch die Kandidatinnenlage zu sichten, bittet der Landesvorstand euch die auf den ersten Blick unübersichtliche Antragslage zu dem Frauenpolitischen Antrag nochmals zu bearbeiten.

Der Landesvorstand hat den Landesparteitag gebeten, eure Beschlüsse zu respektieren und diese in offener Abstimmung nachzuvollziehen. Er ist der Überzeugung, dass es angemessener wäre, die im Zeitplan vorgesehene Zeit nicht mit kleinteiligen

Änderungsanträgen zu dem Antrag zu verwenden, sondern für eine Aussprache zu den Inhalten eures Beschlusses zu nutzen.

### Tagesordnungsvorschlag:

1. Konstituierung  
(die weiblichen Mitglieder der Mandatsprüfungs- der Antragskommission sowie des Präsidiums sind auch auf dem Frauenplenum im Amt)
2. Austausch zum Landesparteitag / zur LandesvertreterInnenversammlung
3. Frauenpolitischer Antrag
4. Weitere Anträge auf dem Landesparteitag
5. Verschiedenes

Ab 18:00 Uhr beginnt die Mandatsprüfung, für eine Kinderbetreuung und einen kleinen Imbiss ist gesorgt

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

Martin Wittmaack, Landesgeschäftsführer

---

## Nachrichten aus Kapernaum

Am 21. März fand im Rauhen Haus die Informationsveranstaltung der Al-Nour-Gemeinde zur Einrichtung einer Moschee in der Horner Kapernaumkirche (Kaperna-um, wie auch ich mit mangelnder christlicher Bildung an diesem Abend lernte) statt. Die Veranstaltung war mit etwa 150 Menschen gut besucht, überwiegend HornerInnen waren anwesend, wirkliche "Rechtsausleger" waren nicht sichtbar und hörbar, eher neben vielen Stimmen, die positiv auf die Moschee reagierten, noch einige, die Vorbehalte gegenüber dem Islam (Frauenfrage, sprachliche Integration, Mondsichel statt Kreuz auf "ihrer" Kirche) äußerten. Aber für eine gegenseitige "Vertrauensbildung" hat die Veranstaltung nach meinem Eindruck eine Menge bewirkt, und die neue Moschee kann dazu noch weitere Gelegenheiten bieten, ist insofern durchaus eine Chance für den Stadtteil.

Vonseiten der Al-Nour-Gemeinde wurde der jahrelange Weg hin zum Kauf dargestellt, die unwürdige Situation in der Tiefgarage in St. Georg, die ihnen derzeit als Moschee dient, die Schwierigkeiten, überhaupt Orte für Moscheen in Hamburg zu finden, weil es immer wieder Vorbehalte von Nachbarn und Absagen von Immobilienbesitzern gab. Betont wurde, dass die Moschee auch als Begegnungsstätte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen genutzt werden soll.

Wahrscheinlich wäre es noch besser "angekommen", wenn sich neben den männlichen Gemein-

deoberen zumindest eine muslimische Frau am Rednerpult geäußert hätte, so wurden natürlich wieder etwas die – z.T. berechtigten, z.T. aber auch scheinheiligen – Vorbehalte einiger im Publikum über die Rolle der Frau im Islam befördert.

Außerdem ging es um die strengen Vorgaben des Denkmalschutzes für den Umbau der Kirche. Der Architektenentwurf für die behutsame Sanierung des Gebäudes sieht überzeugend aus, allerdings werden die Sanierungskosten des jahrelang vernachlässigten Nachkriegsbaus auf 1,5 Mio. Euro geschätzt, für die noch Spenden geworben werden. Kay Kraack, Pastor aus St. Georg, der für die "Nichtmuslimen" die überzeugendste Rede hielt, auch von seinen positiven Erfahrungen insbesondere mit der Al Nour-Gemeinde berichtete, lehnte sich dabei am weitesten aus dem Fenster, indem er meinte, die Stadt solle einen Beitrag zu den Sanierungskosten leisten – das könnte noch eine Auseinandersetzung werden, zu der auch die LINKE Stellung nehmen muss. Ob die Moschee wirklich am 3. Oktober eröffnet werden kann, wenn nicht vor Mai mit dem Umbau begonnen wird (die Baugenehmigung steht noch aus), halte ich für fraglich.

Dafür zeigte sich wiederum deutlich: Begegnungen wie bei dieser Informationsveranstaltung gibt es selbst nach Jahrzehnten der Zuwanderung in Deutschland zu wenig, und es spricht auf beklemmende Weise für sich, dass der Gemeindevorsitz-

zende Daniel Abdil am Schluss sagte, er habe durchaus Ängste vor der Veranstaltung gehabt. Horn braucht mehr Orte und Gelegenheiten für solche Begegnungen und zwar als Stadtteil selbst, d.h. auch mit dem eigenen Stadtteilhaus, denn im Rauhen Haus ist man ja eher nur "zu Gast".

Unbehagen bereitete das massive Polizeiaufgebot mit Reiterstaffel und Wasserwerfern. Schon im Vorfeld war vor „gewaltbereiten Linksautonomen“ gewarnt worden, und in der Tat fanden sich auch etwa 100 militante AntifaschistInnen ein, deren Auftreten und Erscheinungsbild nicht nur bei mir oft



### Rechtes Häuflein deutlich in Unterzahl

Zur Kundgebung am Samstag, 23. März, gegen die rechtsradikale Anti-Moschee-Demonstration wurde an jenem Abend auch mehrmals aufgerufen. Zwar war es eine eher scheinbare Allparteienkoalition, die sich dabei zusammenfand, und Wahlkampfgedanken waren auch nicht abwesend, aber die Kundgebung war ein wichtiges Zeichen für den Stadtteil. Die medialen Einschätzungen, dass „die Horner“ eine Mahnung gegen Fremdenfeindlichkeit gesetzt hätten, sind allerdings eher vorsichtig zu bewerten. Es kamen bei eisiger Kälte wohl an die 500 Menschen, indes schien diesmal der Anteil der Horner AnwohnerInnen geringer als bei der Abendveranstaltung. Eine SPD-Juso-Abordnung ließ sich mit Transparent fotografieren, die im Vorfeld zum Teil äußerst doppelzüngig agierende Christlich (!?) Demokratische Union war nicht wirklich sichtbar, die „FDP Hamburg-Mitte im Aufbruch“ dagegen ungewöhnlich massiv vertreten (mit gelben Blumen am Revers als etwas rätselhaftem Symbol), die Piraten zeigten deutlich Flagge, die Grünen waren eher unterrepräsentiert, und DIE LINKE, die in Horn selbst immer noch etwas schwach vertreten ist, aber trotz der Demo in Wilhelmsburg am selben Tag zahlreich vor Ort war, konnte froh sein, dass auswärtige GenossInnen Fahnen mitgebracht hatten – vielen Dank dafür!

Fragen aufwirft. An der U-Bahn kam es dann zu einem Scharmützel gegen das Häuflein von etwa 15 rechten Demonstranten. Zum Glück blieb es bei Schneeballwürfen, und es gab keine Verletzten. Dass die Kundgebung der Rechten scheiterte und sie schließlich mit Polizeischutz abgeführt werden mussten, geht wiederum nicht nur auf das Konto der Gegenkundgebung, auch wenn dort u.a. mit Pastorin Fanny Dethloff, Conny Kerth (VVN) und Wolfgang Rose die gesellschaftliche Gegenwehr gegen Rechts beschworen wurde. Im Vorfeld der Anti-Moschee-Kundgebung hatte es Abgrenzungsbemühungen zwischen dem Bündnis Pro Deutschland und der NPD gegeben, letztere hielt sich dann offenbar fern.

Das Ganze zeigt: Am wichtigsten ist im Alltag die Entkräftung von Vorbehalten und "Schubladendenken", denn dass eine schweigende Mehrheit mit Ressentiments aufgestachelt werden kann, ist trotz der ermutigenden Signale, die von den beiden Veranstaltungen ausgingen, auch in Horn immer noch denkbar. Und bis die Moschee ein selbstverständlicher Teil des Stadtteils sein wird, dürfte es noch etwas dauern – bis dahin ist Wachsamkeit gegen Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit gefordert.

Marion Fisch

## Demonstration zur Eröffnung der Internationalen Bauausstellung

Auch eine Bannmeile um das Bürgerhaus Wilhelmsburg konnte 800 Bürger\_innen nicht davon abhalten ihren Protest bei der IBA-Eröffnung auf die Straße zu bringen. Ein Protest gegen die Verdrängung von Mieter\_innen auf Grund von Mietsteigerungen und Privatisierungen. Die Umweltzerstörungen, die sowohl die IBA als auch die igs bewirkt haben war ein weiterer Anlass, warum diese Demonstration stattfand.

Gegen 17:00 Uhr startete der Demonstrationzug



vom jetzigen Energiebunker in Richtung Bürgerhaus. Auf Grund des Demonstrationsverbots um das Bürgerhaus Wilhelmsburg -hier fand die offizielle IBA-Eröffnung durch den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz statt- ging es zunächst zur Rothenhäuser Straße und dann ins alte Bahnhofsviertel. Hier fand eine kurze Kundgebung zur derzeitigen Wohnsituation in diesem Quartier statt.

Schuld an diesem Zustand, so ein Teilnehmer in seiner Rede, sei alleine die kapitalistische Verwertungslogik.

Reges Interesse der Anwohner\_innen an den Redebeiträgen führte dazu, dass sich einige Bürger\_innen dem Demonstrationzug anschlossen. Letztendlich endete der Demonstrationzug, nachdem er am S-Bahnhof vorbeizog, am Ausstellungsgelände der IBA gegenüber dem neuen BSU-Gebäude. Zu der dann stattfindenden Abschlusskundgebung reihte sich die schon vor Ort anwesende Bürgerinitiative „Engagierte Wilhelmsburger“ mit ihren Transparenten ein.

Unverhältnismäßig groß war der Polizeieinsatz. Insgesamt 1200 Polizisten sowie 4 Wasserwerfer und zwei Räumpanzer zeigten einmal mehr, dass auch dieser Senat sich nicht von den anderen Parteien der kapitalistischen Verwertungslogik unterscheidet. Er will mit aller Macht eine Stadtentwicklungspolitik durchsetzen, die den Reichen nützt und bei der die sogenannten „kleinen“ Bürger\_innen auf der Strecke bleiben. Das wird uns aber nicht davon abhalten, die Proteste zur Eröffnung der „internationalen Gartenschau“ (igs) am 26. April erneut auf die Straße zu tragen.

Anzumerken ist noch, dass wir im Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel einen Antrag gegen die Bannmeile eingereicht haben, dem, wie sollte es auch anders sein, nur wir zugestimmt haben.

Ronald Wilken

## PM 23.3.: Auch eine freundliche Ablehnung ist ein Nein zum Gedenken

Kurz vor Sitzungsschluss der Bezirksversammlung Mitte am 21.3. wurde ein gemeinsamer Antrag der Grünen und der LINKEN aufgerufen, der die Fläche am sog. „Kriegsklotz“ am Dammtor als „Hiroshima-Platz“ einzubenennen vorschlug.

Leider fand der Antrag keine Mehrheit. Die FDP erklärte, die vorgeschlagene Fläche sei mit dem 76er-Denkmal, dem Gegendenkmal von Alfred Hrdlicka sowie dem vom Senat nunmehr ins Auge gefassten Deserteursdenkmal für die Opfer der faschistischen Militärjustiz womöglich bereits „überfrachtet“. Die SPD schloss sich dem an, will aber weiter nach einer passenden Fläche im Bezirk suchen. Die CDU hatte zum Thema nichts beizutragen.

So blieb es bei der Unterstützung des Antrags durch LINKE, Grüne und Piraten – abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP.

„Damit ist die Chance vertan, auf einer exponierten Fläche in der Innenstadt ein Zeichen zu setzen gegen den Wahnsinn der atomaren Bewaffnung in dieser Welt“, sagt Olaf Harms, der namens der LINKEN den Antrag eingebracht hatte. „Zumal an diesem Ort der Widersprüche viele Gedenkveranstaltungen stattfinden bzw. ihren Ausgang nehmen. Dort gäbe es auch nicht die Probleme wie in der Hafencity, wo sich – verständlicherweise – AnwohnerInnen gegen die Benennung einer Wohnstraße als ‚Hiroshimastraße‘ gewehrt haben.“

„Schön, dass die SPD grundsätzliches Verständnis für das Anliegen zeigt. Mit ihrer Argumentation und ihrem Abstimmungsverhalten hat sie allerdings deutlich gemacht, dass es mit ihr den Hiroshima-Platz wohl erst am St. Nimmerleinstag geben wird,“ so Bernhard Stietz-Leipzig, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BV Mitte. – besel/sc -

## Gemeinsame Sitzung Fraktion-Bezirksvorstand

Zur ersten gemeinsamen Sitzung kamen Bezirksvorstand und Fraktion am 6. März zusammen und disputierten immerhin rund 4 Stunden im Bezirksbüro. Und bis auf Olaf Harms & Martin Wittmaack, die nicht anwesend sein konnten, waren unter der Leitung Jan Peters alle auch aktiv am Austausch beteiligt! Der Umgang mit den Geldern des Solifonds, Öffentlichkeitsaktivitäten, die Raumnutzung und die Finanzen der Fraktion standen ebenso auf der Tagesordnung wie die Personalsituation, vor allem im Hinblick auf das nächste Jahr mit den Bezirksversammlungswahlen.

Ziel des Solifonds, so wurde wiederum festgestellt, sei vor allem Inis außerhalb der Partei finanziell zu unterstützen. Dabei werden weiterhin nachhaltige Investitionen bzw. einmalige, konkrete Anlässe (Feste, Ausflüge) finanziert, keinerlei Personalkosten. Wir wollen allerdings jetzt bei den Geldnehmern darauf drängen, dass jeweils wir als Sponsor genannt werden! In diesem Zusammenhang wurden die vom Vorstand der Volksini Unser Hamburg- Unser Netz avisierten 500€ seitens der Fraktion kritisiert. Der Betrag müsse in Relation zu „den Gaben“ anderer stehen. Teddy spricht den Sachverhalt beim Bezirkstreffen an.

## Beschlüsse zur Büronutzung

Beim ersten Treffen des im letzten Jahr gewählten Vorstandes mit unserer Fraktion wurde auch über die Nutzung der beiden Räumlichkeiten, die diese angemietet hat, gesprochen. Nach Irritationen in der letzten Zeit stellt die Fraktion noch einmal fest, am Donnerstag von 16-19 Uhr könne die **Borgfelder Straße** grundsätzlich von niemandem außer der Fraktion genutzt werden, da diese dann dort in der Regel ihre Treffen abhält. Dazu bekräftigten beide Seiten noch einmal, dass Fraktionssitzungen grundsätzlich parteiöffentlich sind, die Fraktion aber nicht nur nach ihrer Geschäftsordnung das Recht hat und haben muss, sich auch intern auseinandersetzen zu können.

Wollt ihr eine Nutzung außerhalb dieser Zeit in der Borgfelder Straße anmelden, nur über den Fraktionsgeschäftsführer Tilman Rosenau, der eine für alle einsehbare Liste führt. Wer zuerst kommt, darf zuerst! Übrigens: Auch externe Nutzer dürfen nach Beschluss der Fraktion gegen „Mietspende“ hinein. Wir kamen überein, ein in unmittelbarer Nähe wohnendes Mitglied der Gruppe HaHoBo zu fragen, ob es bei Abwesenheit Tilmans die „Schlüsselgewalt“ übernehmen kann.

Auch über die ebenso wie in Borgfelde zumindest bis nächstes Jahr finanziell abzusichernden Räumlichkeiten in **Wilhelmsburg** haben sich Fraktion

und Vorstand ausgetauscht. Montag von 15-18 Uhr und Donnerstag, 12-15.30 Uhr ist das Büro in der Georg-Wilhelm-Str./Ecke Vogelhüttendeich im Reiherstiegviertel durch das Vorstandsmitglied Teddy i.d.R. besetzt. Dem Einwand: „Da sind doch die Rollos immer runter“ begegnete dieser übrigens mit der Einlassung, bei ihm gäbe es hoch gezogene Vorhänge! Schaut mal hin. Ronald Wilken, so wurde festgestellt, mache Dienstag von 15-17 Uhr i.d.R. Sozialberatung. Weitere Nutzung gäbe es durch `solid, die ja im Stadtteil einen eigenen Zusammenhang haben und unser Mitglied Jorge, der dort ehrenamtliche Arbeit mit SüdamerikanerInnen macht. Und die BO Wilhelmsburg/Veddel nutzt den Raum für ihre zweiwöchentlichen Treffen.

In den Fraktionsfinanzen ergibt sich ein monatliches Defizit von >400 €. Es wurden hohe Fix- & variable Kosten (Verbrauchsmaterialien) für die beiden Büros festgestellt. Wir haben beschlossen, dass die Büros mindestens bis zur Bezirksversammlungswahl 2014 gehalten werden sollen. Der Bezirksvorstand übernahm, sich nach detaillierter Vorlage zu Kosten der Büros durch Renate Hercher-Reis, die mit einer Tischvorlage „glänzte“, Gedanken zu machen, ob er seinen Anteil für den Erhalt der Büros aufstockt.

Zum Thema der zukünftigen Personalien blieb keine Zeit mehr, das bleibt dem nächsten Treffen am 12. April als Schwerpunkt vorbehalten. Muss die laufende Koordination zwischen den Gremien auch von den dort jeweils in Doppelfunktion – immerhin sind sie zubenannte Bürger in Beiräten- sitzenden Verena und Teddy geleistet werden und auch wenn es lange dauerte, sinnvoll war dieser Austausch in großer Runde!

Volker Honold, Bezirkskassier

Für die Vorbereitung des Regionalausschuss nutzt auch der Mieter, die Fraktion, den Raum. Weitere Nutzung sind auch hier also – gegen Kostenbeteiligung, versteht sich, bei der Finanzlage der Fraktion - möglich. Teddy sollte erst mal als die „Anlaufstation“ genutzt werden. Übrigens: Es wird überlegt, wieder einen Briefkasten anzubringen und das, obwohl er bisher nicht lange hing.

Für die Vorbereitung des Regionalausschuss nutzt auch der Mieter, die Fraktion, den Raum. Weitere Nutzung sind auch hier also – gegen Kostenbeteiligung, versteht sich, bei der Finanzlage der Fraktion - möglich. Teddy sollte erst mal als die „Anlaufstation“ genutzt werden. Übrigens: Es wird überlegt, wieder einen Briefkasten anzubringen und das, obwohl er bisher nicht lange hing.

Volker Honold, Bezirkskassier

Teddy erstellt einen neuen Öffnungszeitenaushang und stellt diesen ins Internet ein

## Aufbau und Funktion einer pluralen Partei in Mitte

Als wir uns als neuer Vorstand das erste Mal zusammen setzten, um über den Bezirk Mitte zu sprechen, sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir die Basis mehr mitnehmen müssen. Dies sollte und soll durch die Stärkung der Basisorganisationen/Stadtteilgruppen geschehen. In Stadtteilen, wo wir noch keine Basisgruppen haben, soll verstärkt drauf hingewirkt werden, dort auch Stadtteilgruppen zu gründen. Diese Vorgehensweise ist auch immer noch richtig. Nur wie wird die politische Diskussion und Auseinandersetzung aller GenossInnen in Mitte gewährleistet?

Nun gibt es die Vorstellung, dass politische Themen in den Bo's und Stadtteilgruppen vordiskutiert werden und dort dann auch verbleiben, z.B. unser Wahlkampfprogramm.

Mit der Begründung, dass über die Mitgliederliste der Bo's und Stadtteilgruppen ja die überwiegende Mehrzahl der GenossInnen erfasst wäre.

An sich klingt das ja logisch, aber wie immer spiegelt sich hier der Ist-Zustand der Partei nicht wieder, denn Bo's und Stadtteilgruppen haben erst mal ihre politische Sicht im Fokus, soll heißen: Was vor ihrer Tür passiert.



Oder die GenossInnen/en kennen sich schon so lange, dass dort politische Grundlagen schon längst normaler Alltag sind. Oder Stadtteilgruppen sind einfach nicht vorhanden bzw. bestehen nur noch aus Einzelpersonen oder sind in ihrer Zusammensetzung eigentlich nicht mehr in der Lage, die politische Arbeit vor Ort zu gewährleisten. Dann haben wir noch einen nicht allzu kleinen Teil von GenossInnen die sich nicht Bo's oder Stadtteilgruppen zuordnen (wollen), weil sie Teil von Landesarbeitsgemeinschaften sind oder in anderen innerparteilichen Zusammenhängen arbeiten. Auch sind die verschiedenen Terminansetzungen von Veranstaltungen, Bürgerschafts-/Bezirks-

fraktion, Vorstand, nicht gerade förderlich für diese Hand-Handlungsweise .

Für mich als Vorstand muss hier eine Lösung her, die gewährleistet, dass der Bezirk Mitte funktioniert und agiert:

- Als erstes brauchen wir noch 2 GenossInnen, die bereit sind im Vorstand zu arbeiten;
- dann müssen wir ein regelmäßiges Treffen der Stadtteilgruppen untereinander mit dem Vorstand ins Leben rufen, um die politischen Schwerpunkte des Bezirks zu analysieren und zu bestimmen;
- Bezirksmitgliederversammlungen, die dann diese Themen aufgreifen und zur Diskussion stellen;
- Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen, die politische Themen aufgreifen und auch in die Öffentlichkeit bringen;
- politische Stammtische oder lockere politische Gesprächsrunden, die neuen oder noch nicht so politisch aktiven GenossInnen die Möglichkeit geben ihre Vorstellungen einzubringen.

Für mich sind die Hauptaufgaben des Vorstandes die politische Umsetzung des Parteiprogramms, das Zusammenführen der unterschiedlichen politischen Ansätze der Bezirkspolitik, Bildung und kümmern um jede Genossin und jeden Genossen des Bezirks, die Gewährleistung der politischen Arbeit durch finanzielle Unterstützung und Hilfe bei Organisation.

Ich hoffe, ihr könnt damit was anfangen und es hilft bei der politischen Arbeit und Diskussion;

euer Vorständler  
Stefan 'Teddy' Dührkop

*(Fotos vom diesjährigen Ostermarsch)*



## Drohnen – gnadenlose Technik für humane Kriegführung?

*„Bei dieser Zukunftstechnologie muss Deutschland dabei sein. Wir können nicht sagen, wir bleiben bei der Postkutsche, während alle anderen die Eisenbahn entwickeln. Das geht nicht. (...) Wir Deutschen wissen, was Flächenbombardements sind. Wer Kollateralschäden in der Zivilbevölkerung vermeiden will, wer nicht will, dass wir Unbeteiligte gefährden, der muss Waffensysteme entwickeln und einsetzen, die nicht flächig, sondern gezielt wirken. Ich halte das ethisch eher für einen Fortschritt als für einen Nachteil.“*

*Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) am 31.1.2013 im Bundestag aus Anlaß der aktuellen Stunde zum Thema „Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen“*

Die Ostermarschierer protestierten dieses Jahr insbesondere gegen Waffenexporte und Kampfdrohnen, deren Einsatz die Bundesregierung jetzt plant. „Deutschland“ hat Angst, international abseits zu stehen, und erneut wird zynisch die Verdrehung der deutschen Geschichte bemüht, um eine neue Qualität der Kriegführung zu legitimieren. Behauptet wird, „gezieltes Töten“ sei möglich und ethisch ein Fortschritt, weil es die „eigenen“ Soldaten und die Zivilbevölkerung schütze. (Die Entwicklung von Drohnen ist eben auch eine Antwort auf die Kritik und Kriegsmüdigkeit der Bevölkerungen.) In Wirklichkeit wird durch die technische Weiterentwicklung die Schweinerei zum Prinzip erhoben: Der staatlich organisierte Mord soll leichter möglich und effektiver gemacht werden.



Schon heute sind Drohnen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Einsatz – vom Zählen von Pinguinen in der Antarktis über Überwachung von Sportereignissen und Demonstrationen bis hin zur Verhaftung von MigrantInnen und anderen „Asozialen“. Entscheidend ist aber die militärische Nutzung der Technologie. Die US-

Administration tötet per Knopfdruck seit vielen Jahren völlig willkürlich außerhalb von Völkerrecht und Kriegsrecht (es wird nicht einmal der Krieg erklärt) Menschen auf puren Verdacht. Auch die EU will mitziehen: Der Thinktank „Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien“ schwadroniert von Absperrmaßnahmen der Grenzschutzagentur Frontex, um „die Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen abzuschirmen“.

Es geht auch hier um die imperialistische Ausweitung von Einflußsphären (früher Kolonien genannt), die Kontrolle über Rohstoffe und Transportwege und die Einschüchterung der Bevölkerung(en). Und um todsichere Geschäfte: Der „Sicherheitsmarkt“ ist extrem profitschwer. Jährlich legt die EU milliardenschwere Programme zur Erforschung und Herstellung neuer Waffensysteme auf, damit die Rüstungsindustrie auch was davon hat.

Weltweit sind Drohnen gesellschaftlich hoch umstritten, weil der Krieg umstritten ist und Abrüstung und politische Konfliktlösungen auf der Tagesordnung stehen.

Die US-amerikanische Friedensbewegung macht schon lange gegen die neokoloniale Anmaßung der Killerwaffen mobil, der Widerstand dagegen wächst. Auch Wissenschaftler setzen sich mit den destruktiven Folgen auseinander. So zeigen z.B. Forscher der Stanforder und der New Yorker Universität in einer umfassenden Studie ([www.livingunderdrones.org](http://www.livingunderdrones.org)), daß in der pakistanischen Provinz Waziristan die permanente Drohnen-Drohung unter Zivilisten zu posttraumatischen

Belastungsstörungen und Depressionen sowie massiven Einschränkungen von Bildung, Wirtschaft und sozialen Aktivitäten führt. Im „International Committee for Robot Arms Control“ haben sich internationale Politikwissenschaftler, Informatiker, Friedensforscher und Philosophen, auch aus der BRD, zusammgefunden und warnen vor einer gefährlichen Automatisierung der Waffentechnologie.

Angesichts der Proteste aus Friedensbewegung, Friedensforschung und Kirchen bekommt mittlerweile selbst die CDU Angst vor den Drohnen – als Wahlkampfthema.

Das kritische Engagement sollte also ausgeweitet werden. Drohnen haben keine Zukunft, Friedenswissenschaft und -Politik hin-

gegen schon.

Unter [www.drohnen-kampagne.de](http://www.drohnen-kampagne.de) kann gegen Drohnen unterschrieben und können Unterschriftenlisten heruntergeladen werden.

Gunhild Berdal

(BV Mitte, AG Frieden und Abrüstung, AG Studierendenpolitik)

## Energiepolitische Konferenz

Am 23.3. konnte ich an der wohl mittlerweile **3. Energiepolitischen Konferenz** der LINKEN in Hamburg teilnehmen, jedenfalls teilweise, denn als mehrfach interessierter politischer Mensch wollte ich auch noch dem Nordverband des Verkehrsclub Deutschland zur Jahres-MV „meine Aufwartung machen“ (und ging nicht ohne neuen Posten ins Haus des Sports zurück).

Am Anfang wunderte ich mich ein bisschen, weil so wenige aus der ohnehin nicht mit großer Beteiligung gesegneten LAG Umwelt, Energie, Verkehr beim Aufbau dabei waren. Ich hatte gedacht, das wäre ihre Sache. Sei's drum, spiritus rector Gilbert Siegler hatte Hilfe aus dem Landesvorstand und seitens des Geschäftsführers und einen sehr schönen Saal durften wir auch ausstatten.

Als erstes erklärte uns wohl 60 Anwesenden die für Nordwestdeutschland zuständige **Europaabgeordnete Sabine Wils** mit Hilfe eines Films wie **Fracking** funktioniert; wie gebohrt wird, wie Seitenbohrungen durchgeführt werden und durch Schläuche mit Löchern mit giftigen Flüssigkeiten gefrackt wird. Dabei werden durch den Frackingvorgang Gifte freigesetzt. Die giftigen Flüssigkeiten kommen zum Teil wieder raus und müssen gesammelt werden. Dass das Grundwasser verseucht und durch unkontrolliert freiwerdendes Methan das Klima weiter beeinträchtigt wird, kann uns auch in Hamburg bevorstehen, möchte doch eine Exxon Mobil-Tochter in Wilhelmsburg und Bergedorf nach Gas bohren. Fraktion und lokale Parteiorganisationen sind `dran am Thema!

Nach dem Bergrecht ist es in Deutschland derzeit schwierig das Fracken zu verbieten. Aber ein „Moratorium“, d.h. ein vorläufiges Stoppen wie in NRW, ist möglich. Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass mit ausreichender Verteuerung des CO<sup>2</sup> mit einer Schadstoffabgabe à la Hermann Scheer, dem zu früh verstorbenen „Sonnenenergiepapst“, oder einer Sondersteuer alle fossilen Energien kaum noch interessant wären.

Dann hatte ich **Gregor Gysi vom Zug aus Leipzig abzuholen, der in wieder einmal fast begeisterter Weise vor bald 100 Leuten ausführte**, ein Erfolg des Umbaus zu 100% erneuerbaren Energien sei nur als **sogenannter sozial-ökologischer Umbau** möglich, da sonst gerade die finanzarme Bevölkerung sich dagegen stemmen würde. Wir wollen die Energiewende dezentral, demokratisch und sozial. Demokratisch ist eine Frage des staatlichen Besitzes, aber das reicht nicht. Auch „die großen Vier“ (in Hamburg ja E.ON & Vattenfall) gehören zum guten Teil staatlichen Institutionen, es geht besonders um die demokratische Kontrolle. Wir bräuchten Beteiligungsformen,

wodurch die Gesellschaft eindringlich auf Planungen hingewiesen wird und Bürger-Sachkunde eingefordert wird.

Gregor schlug folgende Maßnahmen vor:

1. Verbot von Strom- und Gassperren, jährlich kommt das 800.000mal vor. Das sei unmenschlich, auch Kinder seien betroffen,
2. eine staatliche Preiskontrolle solle wieder eingeführt werden, so dass man fragen kann, wieso ist dieser Preis genehmigt worden,
3. die Industrieunternehmen müssen mindestens die gleichen Energiepreise zahlen wie die Hartz-IV- Empfängerin, sie werden zur Zeit mit 16 Mrd € subventioniert,
4. soziale Stromtarife: 500 KWh gebührenfrei pro erste Person, für jede weitere Person 200KWh,
5. Stromsteuer senken,
6. eine Abwrackprämie für stromfressende Geräte, das heißt, je nach Art des Gerätes, Neukaufe subventionieren bis 200€. (besser als damals die Autos)
7. Wohnungen sanieren; Durchlauferhitzer abschaffen; dafür Zahlen einer bestimmten Investitionssumme. Der Vermieter bekommt das Geld mit der Auflage, die Miete nicht oder nur gering zu erhöhen.

Insgesamt sei es so, dass nicht mehr ein Primat der Politik über die Wirtschaft bestehe, sondern das Primat der Finanzwirtschaft über die Politik.

Ein interessanter Vorschlag kam auch noch: Gysi berichtete über einen Oberbürgermeister aus unseiner Reihen. Der habe seine Bürger gefragt, ob er die Strompreise seiner Stadtwerke so berechnen solle, dass er plus-minus-Null hinkomme, oder ein wenig mehr verlangen solle, und falls das, wofür er das Geld ausgeben solle. Die Mehrheit wollte, dass er mehr verlangen sollte mit unterschiedlichen Wünschen für die Ausgaben. Denkbar sei, dass je nach dem Prozentsatz der Bürgervoten entsprechende Summen an die jeweiligen Aufgaben, wie z.B. KITAS oder öffentlicher Nahverkehr, gezahlt würden.

Die zwei Aktivisten **Stefan Taschner vom Berliner Energietisch** und **Wiebke Hansen von Unser Hamburg – unser Netz** über die Volksbegehren zu Energienetzen in ihren Städten konnte ich nicht mehr verfolgen und zu **Ralf Marquardt, Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Hochschule**, mit seinem Vortrag über die **wirtschaftlichen Verhältnisse der Energieunternehmen** nach Einführung des Wettbewerbs (dieser soll auf der Homepage des Landesverbandes nachzulesen sein) kam ich erst zum Ende der Aussprache wieder an. Er führte nach Aussage eines Ohrenzeugen aus, die Gewerkschaften hätten ge-



schlafen, da die Produktivität viel stärker gestiegen sei als die Löhne. Hauptprofiteure seien die Leute, die größere Mengen von Aktien der jeweiligen Unternehmen besitzen, gewesen. Ihretwegen seien die Unternehmen trotz sehr hoher Gewinne verschuldet. Es fehle regierungsseitig ein „Masterplan“, wie es weitergehen solle.

Er verlangte, dass man alle externen Kosten der Energieträger einberechnen und eine entsprechende Sondersteuer erhoben werden solle. Dann sei Schluss mit der Atomenergie und bald auch mit fossilen Energien.

Danach sprach **Jochen Stay** über **die Atomenergie**. Wir hätten nur noch neun Atomkraftwerke, aber die nach Plan noch lange.

Erst 2022 im letzten Jahr sollten die letzten sechs abgeschaltet werden. Bis dahin könnte sehr gut möglich wieder der Schrei ertönen, das seien zu viele für unsere Energieversorgung und es könnten erneut Laufzeitverlängerungen verlangt werden.

Die anderen AKW's seien zwar abgeschaltet, aber für keines der Abbau beantragt, auch für Krümmel nicht.

Die Podiumsdiskussion „**Energiewende – die nächsten Schritte in eine nach-fossile Gesellschaft**“, die wegen des früheren Endes der Vorgängerveranstaltung erst nach langer Pause ihren Anfang nahm, hätte mehr als die 19 Leute, die sich noch wieder einfanden verdient gehabt. Von Seiten der nicht parteilich gebundenen Podiumsteilnehmer wurde etwa der Grünen-Fraktionsvorsitzende Kerstan wg. des von ihm allerdings noch einmal ausdrücklich als Diskussionsentwurf bezeichneten Bundestagswahlprogramms angegangen, wo nicht klar genug gegen die AKW Stellung genommen worden wäre. Mir gefiel, dass die Partei den Mut aufbrachte, einem politischen Mitbewerber eine zumindest kleine Bühne zu bieten, ziehen wir doch mit den Grünen hier in der Stadt in Punkto Netze zurück an den Hamburger Steuerzahler an einem Strang und dass gegen die versammelte SPD/CDU/FDP- Neinsager-Koalition am 22.9.!

Mein Gesamtfazit: Weniger wäre an diesem Samstag mehr gewesen, wer kann schon von ca. 11 bis nach 19 Uhr dabei sein und wer geht abends noch extra zu einer Podiumsdiskussion?

V.H.

---

## Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

### „Ein Gespenst geht um in Europa“

Einführung in das "Kommunistische Manifest" von Marx und Engels

**Samstag, 13.04.2013, 14:00 bis 18:00 Uhr, Kulturladen Hamm, Carl-Petersen-Straße 7620535 Hamburg**

Mit **Hans-Joachim Kroll**, langjähriges Gewerkschaftsmitglied, Lehrer für Politik und Geschichte i.R.

Immer noch Marx? Längst überholt! – Oder durchleben wir jetzt wieder eine Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems als Krise des Finanzmarktes? Die Wiederkehr von Krisen auf stets höherem Niveau haben Marx und Engels als Kennzeichen des Kapitalismus beschrieben. Trotzdem haben die Menschen dessen dauerhafte Aufhebung durch eine „freie Assoziation der Produzenten“ (Genossenschaften; von den Mitarbeitern geführte Betriebe) noch nicht zustande gebracht. Der weltweit bestehende Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Mehrwerts (des Profits) besteht weiterhin.

Über diese Problemfelder wollen wir anhand der Inhalte des „Kommunistischen Manifests“ ins Gespräch kommen, verbunden mit eigener Textarbeit in kleinen Gruppen. Dabei steht der im Text dargestellte Geschichtsprozess und daran anknüpfende Verständnisfragen, sowie die Erarbeitung der ökonomischen Zusammenhänge im Vordergrund.



## ... und die Schande der SPD

Düster sah es aus in Deutschland nach dem die Euphorie des Anschlusses der DDR verfliegen war. Schwächelndes Wachstum und steigende staatliche Sozialausgaben schienen der Mix, aus dem der absehbare Untergang des Landes sich zusammenbraute. Widerspruch wurde nicht gehört, aber Rettung nahte! Vor zehn Jahren im März 2003, kündigte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Deutschen Bundestag unter dem Motto "... Mut zur Veränderung" die sogenannte Agenda 2010 an: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Unser heutiger Bürgermeister Olaf Scholz war einer der Architekten dieser weitreichenden, bis heute wenig von ihrer Brisanz eingebüßt habenden „Strukturenreformen“ der zweiten rot-grünen Bundesregierung. Beinhalteten sie doch unter anderem die Lockerung des Kündigungsschutzes, die massive Ausweitung von befristeter Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit, die Verringerung der Höchstbezugszeit des Arbeitslosengeldes auf i.d.R. zwölf Monate, die Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Gesundheits- und der Rentenversicherung mit Senkung des Rentenniveaus und Beschneidung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen sowie massive Steuersenkungen für Leistungsträger erklärte. Eine Therapie, die, wie das *neue Deutschland* vor einiger Zeit schrieb, „die Wettbewerbsfähigkeit über sinkende Lohnkosten und Einsparungen noch zu verbessern suchte- und am Ende tatsächlich auch verbesserte. Allerdings auf Kosten der rasant zunehmenden Spaltung der Gesellschaft.“ Man kann in der Wertung dem Kölner Politikwissenschaftler und Parteigenossen Christoph Butterwegge nur zustimmen. Wir damals schon politisch aktiven Leute wurden Zeuge einer historischen Zäsur, einer politischen Richtungsentscheidung und zentralen Weichenstellung wie sie nur mit Hilfe der die Gewerkschaften einbindenden SPD schaffbar war. Ich erinnere mich noch unserer jetzigen Bau- und Umweltsenatorin, Jutta Blankau, zu der Zeit noch IGM-Vorsitzende an der Waterkant, die als Delegierte auf dem Bochumer SPD-Bundesparteitag u.a. die Meinung der vom Parteivorstand Abweichenden artikulierte. Spätestens hier war die innerliche Zerrissenheit der Partei sichtbar, Butterwegge, zitiert im *nd* vom 14.3.: „Parteilpolitisch war die Agenda 2010 ein totales Desaster, weil sie die SPD die Kanzlerschaft, sechs Ministerpräsidentenposten, ein Drittel ihrer Mitglieder und die Hälfte ihrer Wählerstimmen kostete“. Und, das darf man in diesem Organ hinzufügen, weil sie uns, die seit längerem erstmals wieder relevante Gruppierung links von ihr hervorbrachte!

### Die Armen werden ärmer ...

Auch mit den im Zuge der rot-grünen Gesetzgebungen mittlerweile arg geschönt herüberkommenden Arbeitslosenzahlen ist eines nicht gelungen: Die Arbeitslosigkeit zu beenden, 6,3% der arbeitsfähigen Bevölkerung waren im letzten Monat als arbeitslos gemeldet. Hamburg mit aktuell einer Quote von 7,6 % offizieller Erwerbslosigkeit liegt im unteren Mittelfeld.

Ein paar weitere Folgen, herausgenommen aus einem Papier unserer Bürgerschaftsfraktion anlässlich des 10 jährigen Jubiläums sozialdemokratischer Schande sollen schlaglichtartig folgen: Hatte Deutschland im europäischen Vergleich noch 2009 den prozentual viertgrößten Niedriglohnsektor, so hat es mittlerweile den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa.

Anders als von Gerhard Schröder verkündet: Es gibt heute nicht mehr Arbeit als im Jahr 2000. Das Arbeitsvolumen wurde lediglich umverteilt auf mehr Erwerbstätige. Im Jahr 2011 war es mit 57.887 Millionen Std. fast identisch mit dem von 2000 (57.922 Millionen Arbeitsstunden). Aber: Im Jahr 2000 lag die Zahl der Erwerbstätigen in Vollzeit-äquivalenten bei 32,8 Millionen, 2011 nur noch bei 32,7 Millionen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in Hamburg von 116.000 im Jahre 2000 auf 161.000 im Jahr 2011 gestiegen – ein Anstieg von knapp 40 Prozent.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten dagegen stieg um lediglich vier Prozent.

Befristete Beschäftigung wurde mehr und mehr von der Ausnahme zur Regel auf dem Arbeitsmarkt. So haben 52 Prozent der unter 35-Jährigen gegenwärtig nur noch befristete Arbeitsverhältnisse. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse nahezu verdoppelt. Schon Ende der 90er Jahre hatte Spitzenreiter Hamburg unter allen Bundesländern mit 1,7 % die mit Abstand höchste Leiharbeitsquote.

Während der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten unter den männlichen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Hamburg bei 15 Prozent liegt, beträgt er unter den Frauen 25,4 Prozent.

Inzwischen betragen die Leistungen für Aufstocker, also Menschen in Arbeit die von dieser nicht mehr leben können, 31,4 Prozent der Gesamtleistungen an Hartz IV-Haushalten. In Hamburg ist die Zahl der Aufstocker von 16.100 im Jahr 2005 auf 36.000 im Jahr 2012 gestiegen, ein Plus von 23,6 Prozent! Diese Zahlen verantwortet Herr Scheele, jetziger Arbeits- und Sozialsenator, rechte Hand Olaf Scholzens zu dessen Zeit als Bundesarbeitsminister im 2. Kabinett Schröder/Fischer.

Hörte sich die Definition von Arbeitsfähigkeit (3 und mehr Std. /Tag zur [Lohn]arbeit fähig) als Zugang

zum neuen ALG II und den angekündigten Vermittlungsbemühungen der ARGEN zum Anfang der Diskussion für viele erst mal so schlecht nicht an, stellte sich schnell heraus: Die Zusammenlegung von ehemaliger Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe in die Nähe des Niveaus der ersteren und das (geplante?) Chaos der Umsetzung der neuen, schlecht durchzuführenden Gesetze zog viele schnell finanziell nach unten! Selbst Angehörige der Mittelschicht, etwa Facharbeiter und Ingenieure, die nicht sofort eine neue Stelle fanden, stürzten nun nach einer kurzen Schonfrist auf das (Sozialhilfe-)Niveau von Personen ab, die nie erwerbstätig waren.

Langzeitarbeitslose mussten auch Stellen annehmen, die weder tarifgerecht noch ortsüblich entlohnt werden.

### ...und die Reichen werden reicher

Und kurz nach den letzten Wellen, die der so genannte Armutsbericht der Bundesregierung schlug,

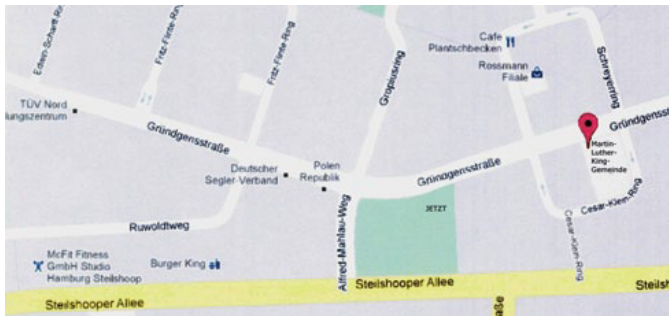
ist dann noch zu dokumentieren: Verfügten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 1998 über 45 Prozent des Nettovermögens, waren es 2003 bereits 49 und 2008 sogar 53 Prozent. Dagegen musste sich die ärmere Hälfte der Bevölkerung 1998 und 2003 mit drei und 2008 mit einem Prozent begnügen! Die Schere klafft weiter und weiter auseinander.

Mittlerweile einige Zeit zurück liegt die Nominierung von „Honorarkönig“ **Peer Steinbrück** zum Spitzenkandidaten der SPD am 22. September. Katja Kipping machte daraufhin deutlich, dass die Nominierung Steinbrücks als Kanzlerkandidat keinen Einfluss auf unseren Umgang mit der SPD habe. Sie sei aber gespannt, ob die SPD ihrem Kandidaten nach rechts folge. Nun blinkt die SPD in ihren Auftritten und dem Wahlprogrammwurf mal wieder links und der Kandidat findet's bei aller ihm zugestandenen Beinfreiheit gut.

Schaun mer mal, dann sehn mer schon... vh

## Demokratie im Stadtteil? Nur mit uns!

Aktionstag des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte am 27. April, 10:30 bis 20 Uhr



Ort: **Martin Luther King-Kirche** (Steilshoop)  
Gründgensstraße 28, 22309 Hamburg

Anmeldung bis 20.4. erwünscht unter:  
[www.stadtteilbuero16h@lawaetz.de](http://www.stadtteilbuero16h@lawaetz.de)

Das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte existiert seit drei Jahren und will an diesem Tag die Vernetzung der Beiräte vorantreiben:

### Zu bearbeitende Fragen:

Wie sieht Stadtteilbeiratsarbeit in Hamburg aktuell aus?

Welche Möglichkeiten gibt es für die Bürger/innen, Entscheidungen, die sie in seiner Nachbarschaft unmittelbar berühren, zu beeinflussen?

Müssen diese ausgebaut werden?

Wie können Interessen und Arbeitsergebnisse der Stadtteilbeiräte besser in die Quartiere hinein und in die Politik und Verwaltung (hinaus)transportiert werden?

Wie können der Nichtwahrnehmung der „Experten vor Ort“ und Blockaden des Informationsflusses begegnet werden?

Können Zielgruppen, die bisher dem Politik-, Verwaltungs- und Planungsgeschehen in ihrer Nachbarschaft fern standen, erfolgreich(er) aktiviert werden?

Was verspricht sich die/der Ehrenamtliche von der eigenen Tätigkeit?

Wie kann die Arbeit der Stadtteilbeiräte verstetigt und verbreitert werden?

„Partizipation“ und „Nachhaltigkeit“ dürfen nicht zu inhaltsleeren Schlagworten verkommen!

**Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft! Ein demokratisches Hamburg kann auf die „Experten vor Ort“ nicht verzichten.**

Am Abend wird es eine **Podiumsdiskussion** mit ParteienvertreterInnen geben, bei der uns **Heike Sudmann** vertritt.

Die Veranstaltung ist die erste ihrer Art und ein „Muss“ für alle Linken (bewusst klein geschrieben), die in Beiräten aller Art tätig sind und die Demokratie in den Stadtteilen voran bringen wollen.

Es wird ganz sicher spannend zu erfahren und zu erleben, wie verschieden die Beiräte in den unterschiedlichen Stadtteilen arbeiten. Es gilt, das gemeinsame zu finden und die Resolution der Beiräte, die ja einige von uns mit unterstützt haben, im Sinne einer Verbreiterung und Verstetigung der Beiräte einer Umsetzung näher zu bringen.

## Innovation

Vorzeit - Bronzezeit – Neuzeit  
von Reinhild Schwardt

### Einleitung - was bedeutet das Wort "Innovation"?

Der Ausdruck „Innovation“ ist ein gebräuchlicher Begriff in unserer heutigen modernen Zeit. Sowohl in der Mikro- als auch in der Makro-Ökonomie wird er verwendet. Er tritt häufig auf im Zusammenhang mit der ständig steigenden Produktivität in der Wirtschaft, d.h. mit der Tatsache, dass in immer kürzerer Zeit immer mehr an Waren produziert wird.

### Vorzeit - Bronzezeit – Neuzeit

Gehen wir aber an den Anfang der Geschichte zurück und schauen uns die Innovation am Beispiel des Rades an. Ein Rad ist ein scheibenförmiger Gegenstand mit idealer Weise kreisförmiger Kontur, der um seine Symmetrieachse drehbar gelagert ist und am häufigsten als Wagenrad verwendet wird. Seine Erfindung und Verwendung an einem Karren oder Wagen war ein für die Entwicklung der technischen Kultur in der Vorzeit wichtiges Ereignis.

Von wesentlichem Vorteil ist das Abrollen des Radumfangs auf dem Untergrund. Der Rollwiderstand auf trockenem festem Boden ist wesentlich geringer, als der des Gleitwiderstands bei der Verwendung einer Schleife oder eines Schlittens zum Transport einer Last über trockenen Boden. Schon während der Bronzezeit wurde das frühere Rad, eine runde Holzscheibe, zu seiner heute bekannten Form, dem leichteren Speichenrad, weiter entwickelt.

Diese Tatsache ist eine der frühen historischen Innovationen. Seit Beginn des Maschinenzeitalters zählt in der Regel nicht das rollende sondern nur das drehende Rad. Ein Fahrzeugrad wird heute als komplexes technisches Bauteil oder Maschinenelement bezeichnet. Es wäre jetzt interessant, sich mit weiteren Innovationen des Rades, zu beschäftigen, z.B. mit der Frage nach den Materialien der Räder und nach dem System Rad und Achse. Welche Rolle spielen Räder für die Kraftumlenkung und für Überträger von Drehmomenten. Welche Rolle spielt das Rad in Arbeitsmaschinen? Diese Fragen werden hier nicht bearbeitet. Statt dessen komme ich nun auf die polithistorische Bedeutung der Innovationen in der Arbeitswelt.

### Beschäftigungspolitische Auswirkungen von Innovationen auf die Arbeiterklasse

Als der Feudaladel mit Ausgang des Mittelalters - 16. bis 18. Jahrhundert begann, die landarmen Bauern zu enteignen, wuchs die Schicht derer, die das karge Einkommen durch eine nicht landwirtschaftliche Tätigkeit aufstocken musste. Hierzu

gehörte auch die Webtätigkeit als Auftragsarbeit für die Verleger.

Die Verleger zahlten wenig und die Weber mussten teilweise ihre Arbeitsmittel - in Schlesien Leinen und in Krefeld Seide - den Verlegern abkaufen. Für ihre Arbeit wurde nur ein Hungerlohn bezahlt.

Die Kapitalgeber hatten es im Gegensatz zum zünftischen Handwerk mit einer relativ schutzlosen Landbevölkerung zu tun. Die massenhafte Verarmung (Pauperismus) führte vielerorts zu Unruhen, Revolten und Maschinenstürmerei.

Aber nicht nur durch Innovationen der Arbeitstechnik, sondern auch durch die Politik der Kontinentalsperre und der englischen Seeblockade gingen ausländische Absatzmärkte verloren. Durch den Ausfall binnenländischer Nachfrage im Gefolge von Agrarkrisen und fortschreitender Industrialisierung mit ihren Billigprodukten, verschärfte sich die Situation der Weber.

### Textilarbeiterinnen von Crimmitschau und der 10-Stunden-Tag

Die Wut und Unbeugsamkeit der Frauen der Französischen Revolution insbesondere die des Standes der sich bildenden Arbeiterklasse – übertrug sich auf die streikenden Wäscherinnen aus Neulsensee. Sie streikten im Jahr 1897 sieben Wochen erfolgreich für höhere Löhne. Die Textilarbeiterinnen von Crimmitschau waren sogar 21 Wochen im Ausstand für den 10-Stunden-Tag, dessen Einführung dann 1908, also vier Jahre später, vom Reichstag beschlossen wurde. Der Kampf um die 10 Stunden-Bill soll hart gewesen sein und es hatte auch Tote gegeben. Der Erfolg der Textilarbeiterinnen aber hat Auswirkungen auf Tarifverhandlungen bis zum heutigen Tag.

(zuerst in „Impuls“)

### Unser Hamburg – unser Netz: Volksentscheid am 22.9.2013

### 100 % - Hamburger Energienetze in öffentlicher Hand – wie und warum?

Information und Diskussion

**Mittwoch, den 17. April 2013, 20 Uhr**  
**Vor-Ort-Büro St. Georg**  
**Hansaplatz/Ecke Zimmerpforte**

Mit:

**Gilbert Siegler**

(AG UEV der LINKEN., aktiv im Bündnis UHUN)

**Prof. Dr. Jochen Hanisch**

(Bundestagskandidat der LINKEN. hier im Wahlkreis 18)

Veranstalter: Stadtteilgruppe St. Georg

## Termine in (und für) Mitte

### **Samstag, 6. + Sonntag, 7.04.:**

**Landesparteitag/-vertreterversammlung**  
Vorbereitung Bundestagswahl:  
Aufstellung Landesliste, Diskussion zum  
Wahlprogramm  
BFW Farmsen

### **Dienstag, 09.04. 19:30 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**  
in den Räumen des  
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

### **Dienstag, 09.04., 20:00 Uhr**

**Treffen der Finkenlinken,**  
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

### **Mittwoch, 10.04., 19:00 Uhr**

**Recht auf Stadt! Für alle!**  
Diskussionsabend u.a. mit **Mehmet Yildiz**  
Ev. Luth. Kirchengemeinde, Merkenstr. 4

### **Montag, 15.04., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

### **Mittwoch, 17.04., 19:00 Uhr:**

**Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

### **Mittwoch, 17.04. 19:30 Uhr**

**Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg**  
Statteilbüro, Hansaplatz 9, ab 20 Uhr:  
Öffentliche Veranstaltung UHUN (S.12)

### **Donnerstag, 18.04., 17:30 Uhr**

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**  
**Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. Stock**

### **Dienstag, 23.04., 19:00 Uhr:**

**Bezirksmitgliederversammlung** zur Beratung  
des Bundestagswahlprogramms,  
Buceriusstraße 2 (s. S. 1)

## **Mai**

### **Montag, 06.05., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

### **Dienstag, 14.05. 19:30 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**  
in den Räumen des  
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

### **Dienstag, 14.05., 20:00 Uhr**

**Treffen der Finkenlinken,**  
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

### **Mittwoch, 15.05, 19:00 Uhr:**

**Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

### **Mittwoch, 15.05., 19:30 Uhr**

**Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg**  
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

---

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite  
der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)*

---

## **Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte**

### **Bezirksvorstand:**

### Telefon

### Mail

	Telefon	Mail
<b>Verena Brachvogel</b>	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Stefan (Teddy) Dührkop</b>	015112944471	stefan.duehrkop@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Volker Honold (Schatzmeister)</b>	040 280 35 82	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Jan-Peter Klöckner</b>		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Martin Wittmaack</b>	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Gesamtvorstand</b>		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

**Spendenkonto:** DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20